

EOS

DE	Allgemeine Geschäftsbedingungen.....	02
	Allgemeine Vertriebsbedingungen („AVB“).....	02
	Allgemeine Einkaufsbedingungen („AEB“).....	08
EN	General Terms and Conditions	12
	General Terms and Conditions of Sale (‘GTC’).....	12
	General Terms and Conditions of Purchase (‘GTCP’).....	18

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

Allgemeine Verkaufsbedingungen („AVB“) der EOS Saunatechnik GmbH

§ 1 Geltungsbereich und Form

(1) Die vorliegenden AVB gelten für alle Geschäftsbeziehungen der Firma EOS Saunatechnik GmbH, („Verkäufer“, „wir“ oder „uns“) mit unseren Kunden („Käufer“). Die AVB gelten nur, wenn der Käufer Unternehmer (§14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

(2) Die AVB gelten insbesondere für Verträge über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“), ohne Rücksicht darauf, ob wir die Ware selbst herstellen oder bei Zulieferern einkaufen (§§ 433, 651 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AVB in der zum Zeitpunkt der Bestellung des Käufers gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.

(3) Unsere AVB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Käufers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der AGB des Käufers die Lieferung an ihn vorbehaltlos ausführen.

(4) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Käufer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AVB. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.

(5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Käufers in Bezug auf den Vertrag (z.B. Fristsetzung, Mängelanzeige, Rücktritt oder Minderung), sind schriftlich, d.h. in Schrift- oder Textform (z.B. Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.

(6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AVB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Vertragsschluss

(1) Unsere Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Dies gilt auch, wenn wir dem Käufer Kataloge, technische Dokumentationen (z.B. Zeichnungen, Pläne, Berechnungen, Kalkulationen, Verweisungen auf DIN-Normen), Kostenvoranschläge, sonstige Produktbeschreibungen oder Unterlagen – auch in elektronischer Form – überlassen haben, an denen wir uns Eigentums- und Urheberrechte vorbehalten.

(2) Die Bestellung der Ware durch den Käufer gilt als verbindliches Vertragsangebot. Sofern sich aus der Bestellung nichts anderes ergibt, sind wir berechtigt, dieses Vertragsangebot innerhalb von 4 Wochen nach seinem Zugang bei uns anzunehmen.

(3) Die Annahme kann entweder schriftlich (z.B. durch Auftragsbestätigung) oder durch Auslieferung der Ware an den Käufer erklärt werden.

§ 3 Lieferfrist und Lieferverzug

(1) Die Lieferfrist wird individuell vereinbart bzw. von uns bei Annahme der Bestellung angegeben. Sofern Versendung vereinbart wurde, beziehen sich die Lieferfristen und Liefertermine auf den Zeitpunkt der Übergabe an den Spediteur, Frachtführer oder sonst mit dem Transport beauftragten Dritten. Sie sind nur verbindlich, wenn sie von uns mit Annahme der Bestellung zugesagt wurden.

(2) Sofern wir verbindliche Lieferfristen aus Gründen, die wir nicht zu vertreten haben, nicht einhalten können (Nichtverfügbarkeit der Leistung), werden wir den Käufer hierüber unverzüglich informieren und gleichzeitig die voraussichtliche, neue Lieferfrist mitteilen. Ist die Leistung auch innerhalb der neuen Lieferfrist nicht verfügbar, sind wir berechtigt, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten; eine bereits erbrachte Gegenleistung des Käufers werden wir unverzüglich erstatten. Als Fall der Nichtverfügbarkeit der Leistung in diesem Sinne gilt insbesondere die nicht rechtzeitige Selbstbelieferung durch unseren Zulieferer, wenn wir ein kongruentes Deckungsgeschäft abgeschlossen haben, weder uns noch unseren Zulieferer ein Verschulden trifft oder wir im Einzelfall zur Beschaffung nicht verpflichtet sind.

(3) Ein Fall der höheren Gewalt liegt vor bei jedem unvorhersehbaren, schwerwiegendem Ereignis, wie insbesondere Krieg, terroristische Auseinandersetzung, Epidemien/Pandemien oder Arbeitskämpfe, welches außerhalb unseres Einflussbereichs liegt und durch das wir ganz oder teilweise an der Erfüllung ihrer Verpflichtung gehindert wird, einschließlich Feuerschäden, Überschwemmungen, Streiks sowie nicht von uns verschuldete Betriebsstörungen oder behördliche Anordnungen und rechtmäßiger Aussperrungen. Wir werden uns nach besten Kräften bemühen, die höhere Gewalt zu beheben und in ihren Auswirkungen soweit wie möglich zu beschränken.

- (4) Der Eintritt unseres Lieferverzugs bestimmt sich nach den gesetzlichen Vorschriften. In jedem Fall ist aber eine Mahnung durch den Käufer erforderlich.
- (5) Die Rechte des Käufers gemäß § 7 dieser AVB und unsere gesetzlichen Rechte, insbesondere bei einem Ausschluss der Leistungspflicht (z.B. aufgrund Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Leistung und/oder Nacherfüllung), bleiben unberührt.

§ 4 Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug, Abnahme

- (1) Sofern nicht anders vereinbart, erfolgt die Lieferung ab Lager, wo auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung ist. Auf Verlangen und Kosten des Käufers wird die Ware an einen anderen Bestimmungsort versandt (Versendungskauf). Soweit nicht etwas anderes vereinbart ist, sind wir berechtigt, die Art der Versendung (insbesondere Transportunternehmen, Versandweg, Verpackung) selbst zu bestimmen. Schulden wir auch eine Installation, ist Erfüllungsort der Ort, an dem die Installation zu erfolgen hat.
- (2) Zu Teillieferungen sind wir im angemessenen Umfang berechtigt. Eine Teillieferung ist insbesondere dann als angemessen anzusehen, wenn (i) die Teillieferung für den Käufer im Rahmen des vertraglichen Bestimmungszwecks verwendbar ist, (ii) die Lieferung der restlichen bestellten Ware sichergestellt ist und (iii) dem Käufer hierdurch kein erheblicher Mehraufwand oder zusätzliche Kosten entstehen (es sei denn, der Verkäufer erklärt sich zur Übernahme dieser Kosten bereit).
- (3) Die Sendung wird von uns nur auf ausdrücklichen Wunsch des Käufers und auf dessen Kosten gegen Diebstahl, Bruch-, Transport-, Feuer- und Wasserschäden oder sonstige versicherbare Risiken versichert.
- (4) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Ware geht spätestens mit der Übergabe auf den Käufer über. Beim Versendungskauf geht jedoch die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Ware sowie die Verzögerungsgefahr bereits mit Auslieferung der Ware an den Spediteur, den Frachtführer oder der sonst zur Ausführung der Versendung bestimmten Person oder Anstalt über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten für eine vereinbarte Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn der Käufer im Verzug der Annahme ist.
- (5) Kommt der Käufer in Annahmeverzug, unterlässt er eine Mitwirkungshandlung oder verzögert sich unsere Lieferung aus anderen, vom Käufer zu vertretenden Gründen, so sind wir berechtigt, Ersatz des hieraus entstehenden Schadens einschließlich Mehraufwendungen (z.B. Lagerkosten) zu verlangen. Hierfür berechnen wir eine pauschale Entschädigung in Höhe

von 0,5 % des Rechnungsbetrages pro Kalenderwoche beginnend mit der Lieferfrist bis maximal 5 % des Rechnungsbetrages. Bei endgültiger Nichtabnahme der Ware berechnen wir eine Pauschale in Höhe von 10 % des Rechnungsbetrages. Dem Käufer bleibt der Nachweis gestattet, dass uns kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden als die vorstehende Pauschale entstanden ist.

Der Nachweis eines höheren Schadens und unsere gesetzlichen Ansprüche (insbesondere Ersatz von Mehraufwendungen, angemessene Entschädigung, Kündigung) bleiben unberührt; die Pauschale ist aber auf weitergehende Geldansprüche anzurechnen.

(6) Wird bei einer Bestellung auf Abruf durch den Käufer nicht innerhalb der vereinbarten Frist der Abruf uns gegenüber erklärt, sind wir berechtigt, die Ware unter Berücksichtigung einer Ankündigungsfrist von zwei Wochen zu liefern. Die Rechnung wird auf Basis der am Tag der Lieferung gültigen Preise gestellt. Machen wir von dem Recht zur Lieferung der Ware zu einer Ankündigungsfrist keinen Gebrauch, sind wir berechtigt, nach fruchtloser Fristsetzung mit Ablehnungsandrohung vom Vertrag zurück zu treten und Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen.

(7) Eine förmliche Abnahme hat stattzufinden, wenn eine Vertragspartei es verlangt. Wird keine Abnahme verlangt, so gilt die Leistung als abgenommen mit Ablauf von 12 Werktagen nach schriftlicher Mitteilung über die Fertigstellung der Leistung. Wird keine Abnahme verlangt und hat der Auftraggeber die Leistung oder einen Teil der Leistung in Benutzung genommen, so gilt die Abnahme nach Ablauf von 6 Werktagen nach Beginn der Benutzung als erfolgt, wenn nichts anderes vereinbart ist.

§ 5 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist, gelten unsere jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses aktuellen Preise, und zwar ab Lager, zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer und der Kosten für Verpackung und Versand.
- (2) Beim Versendungskauf (§ 4 Absatz 1) trägt der Käufer die Transportkosten ab Lager und die Kosten einer gegebenenfalls vom Käufer gewünschten Transportversicherung. Etwaige Zölle, Gebühren, Steuern und sonstige öffentliche Abgaben trägt der Käufer.
- (3) Der Kaufpreis ist fällig und zu zahlen innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungsstellung und Lieferung bzw. Abnahme der Ware. Wir sind jedoch, auch im Rahmen einer laufenden Geschäftsbeziehung, jederzeit berechtigt, eine Lieferung ganz oder teilweise nur gegen Vorkasse durchzuführen. Einen entsprechenden Vorbehalt erklären wir spätestens mit der Auftragsbestätigung.
- (4) Mit Ablauf vorstehender Zahlungsfrist kommt der Käufer in Verzug. Der Kaufpreis ist während des Verzugs zum jeweils geltenden gesetzlichen Verzugszins-

satz zu verzinsen. Wir behalten uns die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugsschadens vor. Unser Anspruch auf den kaufmännischen Fälligkeitszins (§ 353 HGB) bleibt unberührt.

(5) Dem Käufer stehen Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrechte nur insoweit zu, als sein Anspruch rechtskräftig festgestellt oder unbestritten ist. Bei Mängeln der Lieferung bleiben die Gegenrechte des Käufers insbesondere gemäß § 7 Absatz 6 Satz 2 dieser AVB unberührt.

(6) Wird nach Abschluss des Vertrags erkennbar (z.B. durch Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens), dass unser Anspruch auf den Kaufpreis durch mangelnde Leistungsfähigkeit des Käufers gefährdet wird, so sind wir nach den gesetzlichen Vorschriften zur Leistungsverweigerung und – gegebenenfalls nach Fristsetzung – zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt (§ 321 BGB). Bei Verträgen über die Herstellung unvertretbarer Sachen (Einzelanfertigungen) können wir den Rücktritt sofort erklären; die gesetzlichen Regelungen über die Entbehrlichkeit der Fristsetzung bleiben unberührt.

(7) Hat der Lieferer die Aufstellung oder Montage übernommen und ist nicht etwas anderes vereinbart, so trägt der Besteller neben der vereinbarten Vergütung alle erforderlichen Nebenkosten wie Reise- und Transportkosten sowie Auslösungen.

(8) Der Verkäufer kann den auf der Grundlage der vertraglichen Vereinbarung zu zahlenden Preis nach billigem Ermessen der Entwicklung der Kosten anpassen, die für die Preisberechnung maßgeblich sind. Maßgebliche Kosten für die Preisberechnung sind insbesondere die Beschaffungskosten und Beschaffungspreise der einzelnen Teile der zu liefernden Ware sowie Änderungen der Umsatzsteuer.

(a) Der Verkäufer kann den vereinbarten Preis maximal ein Mal pro Quartal an sich verändernde Marktbedingungen entsprechend anpassen.

(b) § 5 Absatz 8 gilt nicht, wenn die Leistung, für die der Preis zu zahlen ist, innerhalb von vier Monaten nach Vertragsschluss erbracht werden soll. Die Monatsfrist berechnet sich nach Maßgabe der zwischen dem Verkäufer und dem Käufer vertraglich festgelegten Leistungszeit.

(c) Eine einmalige Preiserhöhung soll nicht 4 % des im Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Verkaufspreises übersteigen. Im Falle einer Preiserhöhung um mehr als 4 % kann der Käufer vom Vertrag zurücktreten. Der Käufer wird über sein Rücktrittsrecht vom Verkäufer in Textform informiert.

(d) Die Kostenfaktoren werden stets im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Kalkulation des Gesamtpreises gewichtet und durch eventuelle rückläufige, für den Käufer günstige Kostensenkungen in anderen Bereichen im Zeitpunkt der Preisanpassung ausgeglichen.

(e) Im Falle einer Preiserhöhung teilt der Verkäufer dem Käufer die Gründe für die Preiserhöhung mit und gibt

dem Käufer Auskunft über die Umstände, die zur Preiserhöhung geführt haben.

(f) Eine Preiserhöhung ist nicht statthaft, soweit die Preiserhöhung mit einer von uns gegebenen Preisgarantie kollidiert.

§ 6 Eigentumsvorbehalt, Teilzahlungsvereinbarung

(1) Bis zur vollständigen Bezahlung aller unserer gegenwärtigen und künftigen Forderungen aus dem Kaufvertrag und einer laufenden Geschäftsbeziehung (gesicherte Forderungen) behalten wir uns das Eigentum an den verkauften Waren vor.

(2) Die unter Eigentumsvorbehalt stehenden Waren dürfen vor vollständiger Bezahlung der gesicherten Forderungen weder an Dritte verpfändet, noch zur Sicherheit übereignet werden. Der Käufer hat uns unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt oder soweit Zugriffe Dritter (z.B. Pfändungen) auf die uns gehörenden Waren erfolgen.

(3) Bei vertragswidrigem Verhalten des Käufers, insbesondere bei Nichtzahlung des fälligen Kaufpreises, sind wir berechtigt, nach den gesetzlichen Vorschriften vom Vertrag zurückzutreten oder/und die Ware auf Grund des Eigentumsvorbehalts heraus zu verlangen. Das Herausgabeverlangen beinhaltet nicht zugleich die Erklärung des Rücktritts; wir sind vielmehr berechtigt, lediglich die Ware heraus zu verlangen und uns den Rücktritt vorzubehalten. Zahlt der Käufer den fälligen Kaufpreis nicht, dürfen wir diese Rechte nur geltend machen, wenn wir dem Käufer zuvor erfolglos eine angemessene Frist zur Zahlung gesetzt haben oder eine derartige Fristsetzung nach den gesetzlichen Vorschriften entbehrlich ist.

(4) Der Käufer ist bis auf Widerruf gemäß Ziffer 6 (e) befugt, die unter Eigentumsvorbehalt stehenden Waren im ordnungsgemäßen Geschäftsgang weiter zu veräußern, sofern er nicht im Zahlungsverzug ist, oder zu verarbeiten. In diesen Fällen gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen:

(a) Die Weiterveräußerung von Vorbehaltswaren ist nur im gewöhnlichen Geschäftsgang und nur unter der Bedingung gestattet, dass der Käufer von seinem Kunden Bezahlung erhält oder den Vorbehalt macht, dass das Eigentum auf den Kunden erst übergeht, wenn dieser seine Zahlungsverpflichtungen erfüllt hat.

(b) Der Eigentumsvorbehalt erstreckt sich auf die durch Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung unserer Waren entstehenden Erzeugnisse zu deren vollem Wert, wobei wir als Hersteller gelten. Bleibt bei einer Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung mit Waren Dritter deren Eigentumsrecht bestehen, so erwerben wir Miteigentum im Verhältnis der Rechnungswerte der verarbeiteten, vermischten oder verbundenen Waren. Im Übrigen gilt für das entstehende Erzeugnis das Gleiche wie für die unter Eigentumsvorbehalt gelieferte Ware.

(c) Die aus dem Weiterverkauf der Ware oder des Erzeugnisses entstehenden Forderungen gegen Dritte tritt der Käufer schon jetzt insgesamt bzw. in Höhe unseres etwaigen Miteigentumsanteils gemäß vorstehendem Absatz zur Sicherheit an uns ab einschließlich sämtlicher Saldoforderungen aus Kontokorrent. Wir nehmen die Abtretung an. Die in Absatz 2 genannten Pflichten des Käufers gelten auch in Ansehung der abgetretenen Forderungen.

(d) Zur Einziehung der Forderung bleibt der Käufer neben uns ermächtigt. Wir verpflichten uns, die Forderung nicht einzuziehen, solange der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen uns gegenüber nachkommt, kein Mangel seiner Leistungsfähigkeit vorliegt und wir den Eigentumsvorbehalt nicht durch Ausübung eines Rechts gemäß Absatz 3 geltend machen. Ist dies aber der Fall, so können wir verlangen, dass der Käufer uns die abgetretenen Forderungen und deren Schuldner bekannt gibt, alle zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazugehörigen Unterlagen aushändigt und den Schuldner (Dritten) die Abtretung mitteilt. Außerdem sind wir in diesem Fall berechtigt, die Befugnis des Käufers zur weiteren Veräußerung und Verarbeitung der unter Eigentumsvorbehalt stehenden Waren zu widerrufen.

(e) Übersteigt der realisierbare Wert der Sicherheiten unsere Forderungen um mehr als 10 %, werden wir auf Verlangen des Käufers Sicherheiten nach unserer Wahl freigeben.

(5) Der Käufer muss die Vorbehaltsware pfleglich behandeln. Er muss sie auf seine Kosten gegen Feuer-, Wasser- und Diebstahlschäden ausreichend zum Neuwert versichern. Sofern Wartungs- und Inspektionsarbeiten erforderlich werden, muss der Käufer sie auf eigene Kosten rechtzeitig durchführen.

(6) Wenn der Käufer auf Grund einer individuellen Vereinbarung mit dem Verkäufer zu Teilzahlungen berechtigt ist und mit der Zahlung von mindestens zwei aufeinander folgenden Raten der Vergütung oder mindestens 10 % des Teilzahlungspreises in Verzug gerät, insbesondere einen Scheck oder Wechsel nicht einlöst oder seine Zahlungen einstellt, ist der Verkäufer berechtigt, ihm schriftlich eine Frist von zwei Wochen zur Zahlung der rückständigen Raten zu setzen, verbunden mit der Androhung, nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist die künftigen fälligen Raten sofort fällig zu stellen. In diesem Falle wird der Verkäufer dem Kunden eine angemessene Frist zur Zahlung des gesamten Betrags setzen.

§ 7 Mängelansprüche des Käufers

(1) Für die Rechte des Käufers bei Sach- und Rechtsmängeln (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage oder mangelhafter Montageanleitung) gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist. In allen Fällen unberührt bleiben die gesetzlichen Sonder-

vorschriften bei Endlieferung der unverarbeiteten Ware an einen Verbraucher, auch wenn dieser sie weiterverarbeitet hat. Mängelansprüche sind ausgeschlossen, wenn die mangelhafte Ware durch den Käufer oder einen anderen Unternehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

(2) Grundlage unserer Mängelhaftung ist vor allem die über die über die Beschaffenheit und die vorausgesetzte Verwendung der Ware (einschließlich Zubehör und Anleitungen) getroffene Vereinbarung. Als Beschaffenheitsvereinbarung in diesem Sinne gelten alle Produktbeschreibungen und Herstellerangaben, die Gegenstand des einzelnen Vertrages sind oder von uns (insbesondere in Katalogen oder auf unserer Internet-Homepage) zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses öffentlich bekannt gemacht waren.

(3) Soweit die Beschaffenheit nicht vereinbart wurde, ist nach der gesetzlichen Regelung zu beurteilen, ob ein Mangel vorliegt oder nicht (§ 434 Absatz 1 S. 2 und 3 BGB). Für öffentliche Äußerungen Dritter (z.B. Werbeaussagen) übernehmen wir jedoch keine Haftung.

(4) Bei Waren mit digitalen Elementen oder sonstigen digitalen Inhalten schulden wir eine Bereitstellung und ggf. eine Aktualisierung der digitalen Inhalte nur, soweit dies ausdrücklich aus einer Beschaffenheitsvereinbarung gemäß Absatz 2 ergibt.

(5) Wir haften grundsätzlich nicht für Mängel, die der Käufer bei Vertragsschluss kennt oder grob fahrlässig nicht kennt (§ 442 BGB). Weiterhin setzen die Mängelansprüche des Käufers voraus, dass er seinen gesetzlichen Untersuchungs- und Rügepflichten (§§ 377, 381 HGB) nachgekommen ist. Zeigt sich bei der Lieferung, der Untersuchung oder zu irgendeinem späteren Zeitpunkt ein Mangel, so ist uns hiervon unverzüglich schriftlich Anzeige zu machen. In jedem Fall sind offensichtliche Mängel innerhalb von fünf Arbeitstagen ab Lieferung und bei der Untersuchung nicht erkennbare Mängel innerhalb der gleichen Frist ab Entdeckung schriftlich anzuzeigen. Mängel, die ohne Untersuchung erkennbar sind oder erkannt wurden, sind von dem Käufer unverzüglich, spätestens aber 2 Arbeitstage nach Lieferung bzw. nach Kenntnisnahme zu rügen. Versäumt der Käufer die ordnungsgemäße Untersuchung und/oder Mängelanzeige, ist unsere Haftung für den nicht bzw. nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß angezeigten Mangel nach den gesetzlichen Vorschriften ausgeschlossen. Bei einer zum Einbau, zur Anbringung oder Installation bestimmten Ware gilt dies auch dann, wenn der Mangel infolge der Verletzung einer dieser Pflichten erst nach der entsprechenden Verarbeitung offenbar wurde; in diesem Fall bestehen insbesondere keine Ansprüche des Käufers auf Ersatz entsprechender Kosten („Aus- und Einbaukosten“).

(6) Ist die gelieferte Sache mangelhaft, können wir zunächst wählen, ob wir Nacherfüllung durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) leisten. Ist die von uns gewählte Art der Nacherfüllung im Einzel-

fall für den Käufer unzumutbar, kann er sie ablehnen. Unser Recht, die Nacherfüllung unter den gesetzlichen Voraussetzungen zu verweigern, bleibt unberührt.

(7) Wir sind berechtigt, die geschuldete Nacherfüllung davon abhängig zu machen, dass der Käufer den fälligen Kaufpreis bezahlt. Der Käufer ist jedoch berechtigt, einen im Verhältnis zum Mangel angemessenen Teil des Kaufpreises zurückzubehalten.

(8) Der Käufer hat uns die zur geschuldeten Nacherfüllung erforderliche Zeit und Gelegenheit zu geben, insbesondere die beanstandete Ware zu Prüfungszwecken zu übergeben. Im Falle der Ersatzlieferung hat uns der Käufer die mangelhafte Sache nach den gesetzlichen Vorschriften zurückzugeben; einen Rückgabebespruch hat der Käufer jedoch nicht. Die Nacherfüllung beinhaltet weder den Ausbau, die Entfernung oder Deinstallation der mangelhaften Sache, noch den Einbau, die Anbringung oder die Installation der mangelfreien Sache, wenn wir ursprünglich nicht zu diesen Leistungen verpflichtet waren; Ansprüche des Käufers auf Ersatz entsprechender Kosten („Aus- und Einbaukosten“) bleiben unberührt.

(9) Die zum Zweck der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sowie ggf. Ausbau- und Einbaukosten tragen bzw. erstatten wir nach Maßgabe der gesetzlichen Regelung, wenn tatsächlich ein Mangel vorliegt. Andernfalls können wir vom Käufer die aus dem unberechtigten Mangelbeseitigungsverlangen entstandenen Kosten (insbesondere Prüf- und Transportkosten) ersetzt verlangen, wenn der Käufer wusste oder fahrlässig nicht wusste, dass tatsächlich kein Mangel vorliegt.

(10) In dringenden Fällen, z.B. bei Gefährdung der Betriebssicherheit oder zur Abwehr unverhältnismäßiger Schäden, hat der Käufer das Recht, den Mangel selbst zu beseitigen und von uns Ersatz der hierzu objektiv erforderlichen Aufwendungen zu verlangen. Von einer derartigen Selbstvornahme sind wir unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, zu benachrichtigen. Das Selbstvornahmerecht besteht nicht, wenn wir berechtigt wären, eine entsprechende Nacherfüllung nach den gesetzlichen Vorschriften zu verweigern.

(11) Wenn die Nacherfüllung fehlgeschlagen ist oder eine für die Nacherfüllung vom Käufer zu setzende angemessene Frist erfolglos abgelaufen oder nach den gesetzlichen Vorschriften entbehrlich ist, kann der Käufer vom Kaufvertrag zurücktreten oder den Kaufpreis mindern. Bei einem unerheblichen Mangel besteht jedoch kein Rücktrittsrecht.

(12) Ansprüche des Käufers auf Schadensersatz bzw. Ersatz vergeblicher Aufwendungen bestehen auch bei Mängeln nur nach Maßgabe von § 9 und sind im Übrigen ausgeschlossen.

(13) Mängelansprüche sind außerdem ausgeschlossen, wenn die Mängelursache darin besteht, dass Montage- und Einbauvorschriften nicht beachtet wurden

oder die Produkte überlastet oder überbeansprucht werden. Mängelansprüche sind ferner ausgeschlossen, wenn unsere Produkte durch eine nicht von uns ausdrücklich als Servicepartner ausgewiesene Person auseinandergenommen werden oder bei Montage und Betrieb Fremtteile verwendet werden, die von uns nicht ausdrücklich gegenüber dem Käufer zur Verwendung freigegeben wurden. Dies gilt auch entsprechend für die Selbstvornahme der Mängelbeseitigung durch den Käufer.

§ 8 Herstellergarantie

Für Produkte, die von der Firma EOS Saunatechnik GmbH verkauft werden, wird eine zwölfmonatige Herstellergarantie nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen übernommen:

(1) Die Garantiezeit beginnt mit dem Datum des Gefahrübergangs auf den Käufer.

(2) Garantieleistungen erfolgen nur dann, wenn der zum jeweiligen Gerät oder zur jeweiligen Leistung gehörige Beleg vorgelegt wird.

(3) Von der Garantie sind ausgeschlossen: Röhren, Brenner, Starter, Acrylglasscheiben, Heizelemente sowie Saunasteine. Durch Gebrauch eintretende Verschleißerscheinungen an unseren Produkten sind ebenfalls nicht Gegenstand der Herstellergarantie.

(4) Bei Änderungen am Gerät, die ohne ausdrückliche Zustimmung des Herstellers vorgenommen wurden, verfällt jeglicher Garantieanspruch.

(5) Für Defekte, die durch Reparaturen oder Eingriffe von nicht ermächtigten Personen, oder durch unsachgemäßen Gebrauch entstanden sind, entfällt ebenfalls der Garantieanspruch. Ermächtigt im Sinne des § 8 Absatz 5 sind unsere Mitarbeiter, wenn sie für uns tätig werden, sowie diejenigen Fachleute, die mit unserer Zustimmung die Reparaturarbeiten vornehmen.

(6) Bei Garantieansprüchen ist die Seriennummer sowie die Artikelnummer zusammen mit der Gerätebezeichnung und einer aussagekräftigen Fehlerbeschreibung anzugeben.

(7) Wenn ein Dritter (z.B. Zwischenhandel als Vertragspartner des Käufers) Garantie oder Gewährleistungsansprüche des Käufers befriedigt, ohne die Art der Gewähr bzw. Garantieleistung vorher mit uns abzustimmen, sind wir nicht verpflichtet, die zum Zwecke der Garantieleistung oder Nacherfüllung getätigten Aufwendungen bzw. Kosten zu tragen.

§ 9 Sonstige Haftung

(1) Soweit sich aus diesen AVB einschließlich der nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, haften wir bei einer Verletzung von vertraglichen und außervertraglichen Pflichten nach den gesetzlichen Vorschriften.

(2) Für Schadensersatz haften wir – gleich aus welchem Rechtsgrund – im Rahmen der Verschuldenshaftung bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Bei einfacher Fahrlässigkeit haften wir vorbehaltlich eines milderen Haftungsmaßstabs nach gesetzlichen Vorschriften (z.B. für Sorgfalt in eigenen Angelegenheiten) nur

a) für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit,

b) für Schäden aus der nicht unerheblichen Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Verpflichtung, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf); in diesem Fall ist unsere Haftung jedoch auf den Ersatz des vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadens begrenzt.

(3) Die sich aus Absatz 2 ergebenden Haftungsbeschränkungen gelten auch bei Pflichtverletzungen durch bzw. zugunsten von Personen, deren Verschulden wir nach gesetzlichen Vorschriften zu vertreten haben. Sie gelten nicht, soweit wir einen Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie für die Beschaffenheit der Ware übernommen haben und für Ansprüche des Käufers nach dem Produkthaftungsgesetz.

(4) Wegen einer Pflichtverletzung, die nicht in einem Mangel besteht, kann der Käufer nur zurücktreten oder kündigen, wenn wir die Pflichtverletzung zu vertreten haben. Ein freies Kündigungsrecht des Käufers (insbesondere gemäß §§ 651, 649 BGB) wird ausgeschlossen. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Voraussetzungen und Rechtsfolgen.

§10 Verjährung

(1) Abweichend von § 438 Absatz 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Ansprüche aus Sach- und Rechtsmängeln ein Jahr ab Ablieferung. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme.

(2) Handelt es sich bei der Ware jedoch um ein Bauwerk oder eine Sache, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden ist und dessen Mangelhaftigkeit verursacht hat (Baustoff), beträgt die Verjährungsfrist gemäß der gesetzlichen Regelung 5 Jahre ab Ablieferung (§ 438 Absatz 1 Nr. 2 BGB). Unberührt bleiben auch weitere gesetzliche Sonderregelungen zur Verjährung (insbes. § 438 Absatz 1 Nr. 1, Absatz 3, §§ 444, 445 b BGB).

(3) Die vorstehenden Verjährungsfristen des Kaufrechts gelten auch für vertragliche und außervertragliche Schadensersatzansprüche des Käufers, die auf einem Mangel der Ware beruhen, es sei denn die Anwendung der regelmäßigen gesetzlichen Verjährung (§§ 195, 199 BGB) würde im Einzelfall zu einer kürzeren Verjährung führen. Schadensersatzansprüche des Käufers gemäß § 8 Absatz 2 Satz 1 und Satz 2(a) sowie nach dem Produkthaftungsgesetz verjähren je-

doch ausschließlich nach den gesetzlichen Verjährungsfristen.

§ 11 Rechtswahl und Gerichtsstand

(1) Für diese AVB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Käufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN- Kaufrechts.

(2) Ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar ergebenden Streitigkeiten ist unser Geschäftssitz in 35759 Driedorf. Wir sind jedoch auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AVB bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Käufers zu erheben.

Stand: 12/2025

Allgemeine Einkaufsbedingungen („AEB“) der EOS Saunatechnik GmbH

§ 1 Geltungsbereich und Form

(1) Die vorliegenden AEB gelten für alle Geschäftsbeziehungen der Firma EOS Saunatechnik GmbH („Verkäufer“, „wir“ oder „uns“) mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten („Verkäufer“). Die AEB gelten nur, wenn der Verkäufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

(2) Die AEB gelten insbesondere für Verträge über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“), ohne Rücksicht darauf, ob der Verkäufer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 651 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB in der zum Zeitpunkt der Bestellung des Käufers gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.

(3) Diese AEB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Verkäufers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn der Verkäufer im Rahmen der Auftragsbestätigung auf seine AGB verweist und wir dem nicht ausdrücklich widersprechen.

(4) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Verkäufer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.

(5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Verkäufers in Bezug auf den Vertrag (z.B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt) sind schriftlich, d.h. in Schrift- oder Textform (z.B. Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.

(6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Vertragsschluss

(1) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z.B. Schreib- und Rechenfehler)

und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Verkäufer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

(2) Der Verkäufer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von zwei Wochen schriftlich zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme).

Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der Annahme durch uns.

§ 3 Lieferzeit und Lieferverzug

(1) Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Ist eine Zeit für die Leistung weder bestimmt noch aus den Umständen zu entnehmen, so hat der Schuldner sie sofort zu bewirken (§ 271 BGB). Der Verkäufer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.

(2) Erbringt der Verkäufer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.

(3) Ist der Verkäufer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalier- ten Ersatz unseres Verzugsschadens in Höhe von 0,25 % des Nettopreises pro Kalendertag verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des Nettopreises der verspätet gelieferten Ware. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Verkäufer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

§ 4 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

(1) Der Verkäufer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z.B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Verkäufer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z.B. Beschränkung auf Vorrat).

(2) Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Driedorf zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld).

(3) Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von

Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.

(4) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.

(5) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Verkäufer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z.B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbar Kalenderzeit vereinbart ist. Gera-ten wir in Annahmeverzug, so kann der Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Verkäufer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelfertigung), so stehen dem Verkäufer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

§ 5 Preise und Zahlungsbedingungen

(1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.

(2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (z.B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z.B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein. Verpackungsmaterial hat der Verkäufer zurückzunehmen, wenn wir dies bei Anlieferung verlangen.

(3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Verkäufer 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.

(4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Für den Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Vorschriften.

(5) Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Verkäufer zustehen.

(6) Der Verkäufer hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

§ 6 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

(1) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen, die wir dem Verkäufer oder einem Vertrags- oder Kooperationspartner des Verkäufers zur Verfügung stellen, behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist. Für die Weitergabe oder Zurverfügungstellung der im Satz 1 genannten Unterlagen an Dritte bedarf es der Zustimmung des Käufers. Besondere Geheimhaltungsvereinbarungen und gesetzliche Regelungen zum Geheimnisschutz bleiben unberührt.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z.B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Verkäufer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Verkäufers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.

(3) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Verkäufer wird für uns vorgenommen. Das gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.

(4) Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Verkäufers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Verkäufers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtret-

tung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

§ 7 Mangelhafte Lieferung

(1) Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage- oder mangelhafter Anleitungen/Informationen) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Verkäufer gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Verkäufer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Verkäufer oder vom Hersteller stammt.

(3) Bei Waren mit digitalen Elementen oder sonstigen digitalen Inhalten schuldet der Verkäufer die Bereitstellung und Aktualisierung der digitalen Inhalte jedenfalls insoweit, als sich dies aus einer Beschaffenheitsvereinbarung gemäß Absatz 2 oder sonstigen Produktbeschreibungen des Herstellers oder in seinem Auftrag, insbesondere im Internet, in der Werbung oder auf dem Warenetikett, ergibt.

(4) Zu einer Untersuchung der Ware oder besonderen Erkundigungen über etwaige Mängel sind wir bei Vertragsschluss nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen uns Mängelansprüche daher uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss in infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist

(5) Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersu-

chungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von fünf Arbeitstagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.

(6) Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Verkäufer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.

(7) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in Abs.5 gilt: Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Verkäufer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Verkäufer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.

(8) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

§ 8 Lieferantenregress

(1) Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 445 a, 445 b, 478 BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Verkäufer zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.

(2) Bevor wir einen von unserem Abnehmer geltend gemachten Mängelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 445 a Abs. 1, 439 Abs. 2 und 3 BGB) anerkennen oder erfüllen, werden wir den Verkäufer benachrichtigen und unter kurzer Darlegung

des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt eine substantiierte Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der von uns tatsächlich gewährte Mängelanspruch als unserem Abnehmer geschuldet. Dem Verkäufer obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.

(3) Unsere Ansprüche aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die mangelhafte Ware durch uns oder einen anderen Unternehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

§ 9 Produzentenhaftung

(1) Ist der Verkäufer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

(2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

(3) Der Verkäufer hat eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens drei (3) Millionen Euro pro Personen-/Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten.

§10 Verjährung

(1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.

(3) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung

(§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

§11 Rechtswahl und Gerichtsstand

(1) Für diese AEB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Verkäufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN- Kaufrechts.

(2) Ist der Verkäufer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in 35759 Driedorf. Entsprechendes gilt, wenn der Verkäufer Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AEB bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Verkäufers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

Stand: 12/2025

General Terms and Conditions

General Terms and Conditions of Sale (‘GTC’) of EOS Saunatechnik GmbH

§ 1 Scope of application and form

(1) These GTC apply to all business relationships of EOS Saunatechnik GmbH, (‘seller’, ‘we’ or ‘us’) with our customers (‘buyer’). The GTC only apply if the buyer is an entrepreneur (§14 BGB), a legal entity under public law or a special fund under public law.

(2) These GTCs shall apply in particular to contracts for the sale and/or delivery of movable items (‘Goods’), regardless of whether we manufacture the Goods ourselves or purchase them from suppliers (Sections 433, 651 BGB). Unless otherwise agreed, the version of the GTCs that is valid at the time of the buyer’s order or, in any case, the version last provided to the buyer in text form shall also apply as a framework agreement for similar future contracts without us having to refer to them again in each individual case.

(3) Our GTCs shall apply exclusively. Any of the Buyer’s general terms and conditions that differ from, conflict with or supplement our own shall only become part of the contract if and to the extent that we have expressly agreed to their application. This requirement of consent shall apply in any case, for example even if we carry out the delivery to the Buyer without reservation in the knowledge of the Buyer’s general terms and conditions.

(4) Individual agreements made with the Buyer in individual cases (including ancillary agreements, supplements and amendments) shall in any case take precedence over these GTCs. Subject to proof to the contrary, a written contract or our written confirmation shall be decisive for the content of such agreements.

(5) Legally relevant declarations and notifications of the buyer with regard to the contract (e.g. setting of deadlines, notification of defects, withdrawal or reduction) must be made in writing, i.e. in written or text form (e.g. letter, email, fax). Legal formal requirements and further evidence, in particular in the event of doubt as to the legitimacy of the declaring party, shall remain unaffected.

(6) References to the applicability of statutory provisions are for the purposes of clarification only. Even without such clarification, the statutory provisions shall therefore apply insofar as they are not directly modified or expressly excluded in these GTCSD.

§ 2 Conclusion of Contract

(1) Our offers are subject to change and non-binding. This also applies if we have provided the Buyer with

catalogues, technical documentation (e.g. drawings, plans, calculations, calculations, references to DIN standards), cost estimates, other product descriptions or documents – including in electronic form – to which we reserve ownership and copyrights.

(2) The order of the goods by the buyer is considered a binding offer of a contract. Unless otherwise stated in the order, we are entitled to accept this offer of a contract within 4 weeks of its receipt by us.

(3) The acceptance can be declared either in writing (e.g. by order confirmation) or by delivery of the goods to the buyer.

§ 3 Delivery time and delay in delivery

(1) The delivery period shall be agreed individually or stated by us when we accept the order. If shipment has been agreed, the delivery periods and delivery dates refer to the time of handover to the freight forwarder, carrier or other third party commissioned with the transport. They are only binding if we have confirmed them when we accepted the order.

(2) If we are unable to meet binding delivery deadlines for reasons for which we are not responsible (non-availability of the service), we will inform the buyer of this immediately and at the same time provide the expected new delivery deadline. If the service is also not available within the new delivery period, we are entitled to withdraw from the contract in whole or in part; we will immediately refund any consideration already provided by the buyer. In particular, non-availability of the service in this sense includes late delivery by our suppliers if we have concluded a congruent hedging transaction, if neither we nor our suppliers are at fault or if we are not obliged to procure in individual cases.

(3) Force majeure shall be deemed to exist in the event of any unforeseeable, serious event, such as, in particular, war, terrorist attack, epidemics/pandemics or industrial disputes, which are beyond our control and as a result of which we are prevented from fulfilling our obligations in whole or in part, including fire damage, floods, strikes, operational disruptions for which we are not responsible, official orders and lawful lock-outs. We shall use our best endeavours to remedy the force majeure and to limit its effects as far as possible.

(3) The occurrence of our default in delivery shall be determined in accordance with the statutory provisions. However, a reminder from the Buyer is required in any case.

(4) The rights of the Buyer under § 7 of these GTC and our statutory rights, in particular in the event of an exclusion of the obligation to perform (e.g. due to impossibility or unreasonableness of performance and/or subsequent performance), shall remain unaffected.

§ 4 Delivery, Transfer of Risk, Default in Acceptance, Acceptance

(1) Unless otherwise agreed, delivery shall be ex warehouse, which shall also be the place of performance for the delivery and any subsequent performance. At the request and expense of the Buyer, the goods shall be shipped to a different destination (sale to destination according to buyer's instructions). Unless otherwise agreed, we are entitled to determine the type of shipment (in particular the transport company, shipping route and packaging) ourselves. If we are also responsible for installation, the place of performance is the place where the installation is to take place.

(2) We are entitled to make partial deliveries to a reasonable extent. A partial delivery is to be considered reasonable in particular if (i) the partial delivery can be used by the buyer within the scope of the intended contractual purpose, (ii) the delivery of the remaining ordered goods is ensured and (iii) the buyer does not incur any significant additional expenses or costs as a result (unless the seller agrees to bear these costs).

(3) We will only insure the shipment against theft, breakage, transport, fire and water damage or other insurable risks at the express request and expense of the buyer.

(4) The risk of accidental loss and accidental deterioration of the goods shall pass to the buyer at the latest upon delivery. However, in the case of mail order purchases, the risk of accidental loss and accidental deterioration of the goods, as well as the risk of delay, shall pass to the buyer upon delivery of the goods to the carrier, freight forwarder or other person or institution designated to carry out the shipment. If an acceptance procedure has been agreed, this shall be decisive for the transfer of risk. In all other respects, the statutory provisions of the law on contracts for work and services shall apply accordingly to any agreed acceptance procedure. If the buyer delays acceptance, this shall be deemed equivalent to handover or acceptance.

(5) If the buyer delays acceptance, fails to cooperate or if our delivery is delayed for other reasons for which the buyer is responsible, we shall be entitled to demand compensation for the resulting damages, including additional expenses (e.g. storage costs). For this, we shall charge a flat-rate compensation amounting to 0.5% of the invoice amount per calendar week, starting with the delivery period, up to a maximum of 5% of the invoice amount. If the goods are ultimately not accepted, we shall charge a flat rate of 10% of the invoice amount. The buyer shall be entitled to prove that we have incurred no or only significantly lower damages than the above flat rate.

The right to prove greater damage and our statutory claims (in particular reimbursement of additional expenses, reasonable compensation, termination) shall remain unaffected; however, the lump sum shall be set

off against further monetary claims.

(6) If, in the case of an order on call by the buyer, the call is not declared to us within the agreed period, we shall be entitled to deliver the goods, subject to a notice period of two weeks. The invoice will be issued on the basis of the prices valid on the day of delivery. If we do not exercise the right to deliver the goods after a notice period, we are entitled to withdraw from the contract and claim damages for non-performance after setting a deadline with a warning of refusal to accept performance.

(7) Formal acceptance must take place if one of the contracting parties requests it. If no acceptance is requested, the service shall be deemed accepted upon the expiry of 12 working days after written notification of completion of the service. If no acceptance is requested and if the client has started to use the service or part of the service, acceptance shall be deemed to have taken place upon the expiry of 6 working days after the start of use, unless otherwise agreed.

§ 5 Prices and terms of payment

(1) Unless otherwise agreed in individual cases, our prices current at the time of the conclusion of the contract shall apply, ex warehouse, plus statutory value added tax and the costs of packaging and shipping.

(2) In the case of mail order purchases (Section 4 (1)), the buyer shall bear the transport costs ex warehouse and the costs of any transport insurance requested by the buyer. Any customs duties, fees, taxes and other public charges shall be borne by the buyer.

(3) The purchase price shall be due and payable within 14 days of the invoice date and delivery or acceptance of the goods. However, we shall be entitled at any time, even in the context of an ongoing business relationship, to make a delivery in whole or in part only against advance payment. We shall declare a corresponding reservation at the latest with the order confirmation.

(4) Upon expiry of the above payment period, the buyer shall be in default. During the period of default, interest shall be charged on the purchase price at the statutory default interest rate applicable at the time. We reserve the right to claim further damages for default. Our claim to commercial maturity interest (Section 353 of the German Commercial Code (HGB)) remains unaffected.

(5) The Buyer shall only be entitled to rights of set-off or retention to the extent that its claim has been legally established or is undisputed. In the event of defects in the delivery, the Buyer's counterclaims, in particular those pursuant to § 7 (6) sentence 2 of these GTC, shall remain unaffected.

(6) If it becomes apparent after the conclusion of the contract (e.g. by filing for insolvency proceedings) that our claim to the purchase price is at risk due to the

Buyer's inability to pay, we shall be entitled to refuse performance in accordance with the statutory provisions and – if necessary after setting a deadline – to withdraw from the contract (Section 321 BGB). In the case of contracts for the manufacture of specific items (custom-made items), we may declare our withdrawal immediately; the statutory provisions on the dispensability of setting a deadline shall remain unaffected.

(7) If the supplier has taken over the installation or assembly and unless otherwise agreed, the customer shall bear, in addition to the agreed remuneration, all necessary ancillary costs such as travel and transport costs as well as allowances.

(8) The Seller may adjust the price to be paid on the basis of the contractual agreement at its reasonable discretion in line with the development of the costs that are decisive for the price calculation. Decisive costs for the price calculation are, in particular, the procurement costs and procurement prices of the individual parts of the goods to be delivered, as well as changes in sales tax.

(a) The seller may adjust the agreed price in line with changing market conditions no more than once per quarter.

(b) Section 5, paragraph 8 shall not apply if the service for which the price is to be paid is to be provided within four months of the conclusion of the contract. The one-month period shall be calculated in accordance with the contractually agreed time of performance between the seller and the buyer.

(c) A one-time price increase shall not exceed 4% of the sales price applicable at the time of conclusion of the contract. In the event of a price increase of more than 4%, the Buyer shall be entitled to withdraw from the contract. The Buyer shall be informed of its right of withdrawal by the Seller in text form.

(d) The cost factors shall always be weighted in terms of their significance for calculating the total price and shall be offset by any favourable cost reductions in other areas at the time of the price adjustment.

(e) In the event of a price increase, the seller shall inform the buyer of the reasons for the price increase and shall provide the buyer with information about the circumstances that led to the price increase.

(f) A price increase is not permitted if it conflicts with a price guarantee that we have given.

§ 6 Retention of title, instalment payment agreement

(1) We retain title to the goods sold until full payment of all our current and future claims arising from the purchase contract and an ongoing business relationship (secured claims).

(2) The goods subject to retention of title may not be pledged to third parties or assigned as security before

full payment of the secured claims. The buyer must notify us immediately in writing if an application is made to open insolvency proceedings or if third parties access the goods belonging to us (e.g. seizures).

(3) If the buyer acts in breach of contract, in particular if the buyer fails to pay the purchase price due, we shall be entitled to withdraw from the contract in accordance with the statutory provisions and/or to demand the return of the goods on the basis of the reservation of title. The demand for surrender does not automatically imply a declaration of withdrawal; rather, we are entitled to demand only the surrender of the goods and to reserve the right of withdrawal. If the buyer does not pay the due purchase price, we may only assert these rights if we have previously set the buyer a reasonable deadline for payment without success or if setting such a deadline can be dispensed with according to the statutory provisions.

(4) The Buyer is authorised until further notice in accordance with clause 6 (e) to resell or process the goods subject to retention of title in the ordinary course of business, provided that it is not in default of payment. In these cases, the following additional provisions shall apply:

(a) The resale of goods subject to retention of title is only permitted in the ordinary course of business and only on condition that the buyer receives payment from his customer or makes the reservation that ownership is only transferred to the customer when the customer has fulfilled his payment obligations.

(b) The retention of title extends to the full value of the products resulting from the processing, mixing or combining of our goods, whereby we are considered the manufacturer. If, in the event of processing, mixing or combining with goods of third parties, the ownership rights of the third parties remain in effect, we shall acquire co-ownership in proportion to the invoice values of the processed, mixed or combined goods. Otherwise, the same applies to the resulting product as to the goods delivered under retention of title.

(c) The buyer hereby assigns to us as security any claims against third parties arising from the resale of the goods or products, in total or in the amount of our possible co-ownership share in accordance with the preceding paragraph, including all current account balance claims. We accept the assignment. The obligations of the buyer mentioned in paragraph 2 shall also apply in view of the assigned claims.

(d) The buyer remains authorised to collect the claim alongside us. We undertake not to collect the claim as long as the buyer meets his payment obligations to us, there is no defect in his ability to pay and we do not assert the reservation of title by exercising a right in accordance with paragraph 3. If this is the case, however, we can demand that the buyer informs us of the assigned claims and their debtors, provides all the information necessary for collection, hands over

the relevant documents and notifies the debtors (third parties) of the assignment. In addition, we are entitled in this case to revoke the buyer's authorisation to resell and process the goods subject to retention of title.

(e) If the realisable value of the securities exceeds our claims by more than 10%, we shall release securities of our choice at the buyer's request.

(5) The buyer must treat the reserved goods with care. He must insure them adequately at replacement value at his own expense against fire and water damage and theft. If maintenance and inspection work is required, the buyer must carry this out in good time at its own expense.

(6) If the buyer is entitled to make partial payments on the basis of an individual agreement with the seller and is in default of payment of at least two consecutive instalments of the remuneration or at least 10% of the partial payment price, in particular if a cheque or bill of exchange is not honoured or the buyer stops payments, the seller is entitled to set a deadline of two weeks for the payment of the outstanding instalments, combined with the threat of declaring the future instalments due for payment immediately if this deadline expires without result. In this case, the seller shall set the customer a reasonable deadline for payment of the entire amount.

§ 7 Claims for defects by the buyer

(1) The rights of the buyer in the event of material defects and defects of title (including wrong and short delivery as well as improper assembly or defective assembly instructions) are governed by the statutory provisions, unless otherwise specified below. In all cases, the special statutory provisions for final delivery of the unprocessed goods to a consumer shall remain unaffected, even if the consumer has further processed them. Claims for defects are excluded if the defective goods have been further processed by the buyer or another entrepreneur, e.g. by incorporation into another product.

(2) The basis for our liability for defects is, above all, the agreement made regarding the nature and intended use of the goods (including accessories and instructions). All product descriptions and manufacturer's information that are the subject of the individual contract or that we have made public (in particular in catalogues or on our website) at the time of the conclusion of the contract shall be deemed to be an agreement on the nature of the goods in this sense.

(3) If the quality has not been agreed, the question of whether a defect is present or not shall be assessed in accordance with the statutory regulation (Section 434, paragraph 1, sentences 2 and 3 of the German Civil Code). However, we do not assume any liability for public statements made by third parties (e.g. advertising messages).

(4) In the case of goods with digital elements or other digital content, we are only obliged to provide and, if necessary, update the digital content if this is expressly stated in a quality agreement in accordance with paragraph 2.

(5) We are not liable for defects that the buyer is aware of at the time of the conclusion of the contract or is not aware of due to gross negligence (Section 442 BGB). Furthermore, the buyer's claims for defects presuppose that he has fulfilled his statutory inspection and notification obligations (Sections 377, 381 HGB). If a defect becomes apparent upon delivery, inspection or at any later point in time, we must be notified of this in writing without delay. In any case, obvious defects must be reported in writing within five working days of delivery and defects not recognisable during the inspection within the same period of time from discovery. Defects that are recognisable without inspection or have been recognised must be reported by the buyer immediately, but no later than 2 working days after delivery or after becoming aware of them. If the buyer fails to carry out the proper inspection and/or report defects, our liability for the defect that has not been reported or has not been reported in time or properly is excluded in accordance with the statutory provisions. This also applies to goods intended for installation, mounting or fitting if the defect only becomes apparent after the corresponding processing as a result of a breach of one of these obligations; in this case, the buyer is not entitled to claim compensation for the corresponding costs ('removal and installation costs').

(6) If the delivered item is defective, we may initially choose whether we provide subsequent performance by remedying the defect (rectification) or by delivering a defect-free item (replacement delivery). If the type of subsequent performance chosen by us is unreasonable for the buyer in individual cases, the buyer may reject it. Our right to refuse subsequent performance under the statutory conditions remains unaffected.

(7) We are entitled to make the subsequent performance owed dependent on the buyer paying the purchase price due. However, the buyer is entitled to withhold a reasonable portion of the purchase price in proportion to the defect.

(8) The buyer shall give us the time and opportunity necessary for the subsequent performance owed, in particular to hand over the goods complained about for inspection purposes. In the event of a replacement delivery, the buyer shall return the defective item to us in accordance with the statutory provisions; however, the buyer shall not have a claim for return. Supplementary performance does not include the expansion, removal or uninstallation of the defective item, nor the installation, mounting or installation of the defect-free item, if we were not originally obliged to provide these services; the buyer's claims for reimbursement of corresponding costs ('removal and installation costs') remain unaffected.

(9) If a defect is actually present, we shall bear or reimburse the expenses necessary for the purpose of inspection and subsequent performance, in particular transport, travel, labour and material costs, as well as any dismantling and installation costs, in accordance with the statutory provisions. Otherwise, we may demand that the buyer reimburse us for the costs incurred as a result of the unjustified request to remedy the defect (in particular inspection and transport costs) if the buyer knew or negligently failed to know that there was in fact no defect.

(10) In urgent cases, e.g. if operational safety is at risk or to prevent disproportionate damage, the buyer has the right to rectify the defect itself and to demand compensation from us for the expenses objectively required for this. We are to be informed immediately, if possible in advance, of any such self-remedy. The right to self-remedy does not exist if we would be entitled to refuse a corresponding subsequent performance according to the statutory provisions.

(11) If the subsequent performance has failed or a reasonable period to be set by the buyer for the subsequent performance has expired without success or is dispensable according to the statutory provisions, the buyer may withdraw from the purchase contract or reduce the purchase price. However, there is no right of withdrawal for an insignificant defect.

(12) The buyer's claims for damages or compensation for wasted expenditure shall only exist in accordance with § 9, even in the case of defects, and are otherwise excluded.

(13) Claims for defects shall also be excluded if the cause of the defect is due to the fact that assembly and installation instructions have not been observed or the products are overloaded or overused. Claims for defects are also excluded if our products are taken apart by a person who is not explicitly designated by us as a service partner or if third-party parts are used during assembly and operation that have not been explicitly approved by us for use by the buyer. This also applies accordingly to the self-remedy of defects by the buyer.

§ 8 Manufacturer's warranty

A twelve-month manufacturer's warranty is provided for products sold by EOS Saunatechnik GmbH in accordance with the following provisions:

(1) The warranty period begins on the date of the transfer of risk to the buyer.

(2) Warranties will only be honoured if the receipt for the respective device or service is presented.

(3) The following are excluded from the warranty: tubes, burners, starters, acrylic glass panels, heating elements and sauna stones. Wear and tear to our products resulting from use are also not covered by the manufacturer's warranty.

(4) Any changes made to the device without the express consent of the manufacturer will void any warranty claim.

(5) The warranty shall also become void for defects caused by repairs or interventions by unauthorised persons or by improper use. Our employees are authorised within the meaning of § 8 (5) when they work for us, as are those specialists who carry out repairs with our consent.

(6) When making guarantee claims, the serial number and the article number must be provided together with the device designation and a meaningful description of the fault.

(7) If a third party (e.g. intermediate trade as contractual partner of the buyer) satisfies guarantee or warranty claims of the buyer without first agreeing with us the type of guarantee or warranty, we shall not be obliged to bear the expenses or costs incurred for the purpose of the guarantee or subsequent performance.

§ 9 Other liability

(1) Unless otherwise provided in these GTC, including the following provisions, we shall be liable in accordance with the statutory provisions in the event of a breach of contractual and non-contractual obligations.

(2) We shall be liable for damages – regardless of the legal grounds – in the event of intent and gross negligence. In the event of simple negligence, we shall be liable, subject to a milder standard of liability in accordance with statutory provisions (e.g. for diligence in our own affairs), only

a) for damages resulting from injury to life, limb or health,

b) for damages resulting from the significant breach of a material contractual obligation (an obligation whose fulfilment is essential to the proper execution of the contract and on whose compliance the contractual partner regularly relies and may rely); in this case, however, our liability is limited to compensation for the foreseeable, typically occurring damage.

(3) The limitations of liability arising from paragraph 2 also apply to breaches of duty by or in favour of persons for whose fault we are responsible according to legal regulations. They do not apply if we have fraudulently concealed a defect or have assumed a guarantee for the quality of the goods and for claims of the buyer under the Product Liability Act.

(4) The buyer may only withdraw or terminate the contract due to a breach of duty that does not consist of a defect if we are responsible for the breach of duty. An unrestricted right of termination on the part of the buyer (in particular in accordance with §§ 651, 649 BGB) is excluded. In all other respects, the statutory requirements and legal consequences shall apply.

§10 Limitation

((1) Notwithstanding Section 438, paragraph 1, no. 3 of the German Civil Code, the general limitation period for claims arising from material defects and defects of title is one year from delivery. If acceptance has been agreed, the limitation period shall begin with acceptance.

(2) However, if the goods are a building or an item that has been used for a building in accordance with its usual purpose and has caused the building to be defective (building material), the statutory period of limitation shall be 5 years from delivery (Section 438 (1) No. 2 BGB). Other special legal regulations on the statute of limitations shall also remain unaffected (in particular § 438, paragraph 1, no. 1, paragraph 3, §§ 444, 445 b BGB).

(3) The above limitation periods of the law governing sales shall also apply to contractual and non-contractual claims for damages by the buyer that are based on a defect in the goods, unless the application of the regular statutory limitation period (§§ 195, 199 BGB) would lead to a shorter limitation period in individual cases. However, the Buyer's claims for damages under § 8 (2) sentences 1 and 2 (a) and under the Product Liability Act shall become time-barred exclusively in accordance with the statutory limitation periods

§ 11 Choice of law and place of jurisdiction

(1) These GTC and the contractual relationship between us and the Buyer shall be governed by the laws of the Federal Republic of Germany, excluding international uniform law, in particular the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods.

(2) The exclusive – and international – place of jurisdiction for all disputes arising directly or indirectly from the contractual relationship is our place of business in 35759 Driedorf. However, we are also entitled to bring an action at the place of performance of the delivery obligation in accordance with these GTC or a prior individual agreement, or at the general place of jurisdiction of the buyer.

As at: 12/2025

General Terms and Conditions of Purchase ('GTCP') of EOS Saunatechnik GmbH

§ 1 Scope of application and form

(1) These GTCP shall apply to all business relationships of the company EOS Saunatechnik GmbH ('seller', 'we' or 'us') with our business partners and suppliers ('seller'). The GPC shall only apply if the seller is an entrepreneur (Section 14 BGB), a legal entity under public law or a special fund under public law.

(2) The GPC shall apply in particular to contracts for the sale and/or delivery of movable items ('goods'), regardless of whether the seller manufactures the goods itself or purchases them from suppliers (Sections 433, 651 BGB). Unless otherwise agreed, the version of the GPC that is valid at the time of the buyer's order or, in any case, the version last provided to the buyer in text form shall also apply as a framework agreement for similar future contracts, without us having to refer to them again in each individual case.

(3) These GPC shall apply exclusively. Any of the Seller's general terms and conditions that differ from, conflict with, or supplement these GPC shall become part of the contract only if and to the extent that we have expressly agreed to them in writing. This requirement of consent shall apply in any case, for example even if the Seller refers to its general terms and conditions in the context of the order confirmation and we do not expressly object to them.

(4) Individual agreements made with the Seller in individual cases (including ancillary agreements, supplements and amendments) shall in any case take precedence over these GPC. Subject to proof to the contrary, a written contract or our written confirmation shall be decisive for the content of such agreements.

(5) Legally relevant declarations and notifications of the seller in relation to the contract (e.g. setting of deadlines, reminders, withdrawal) must be made in writing, i.e. in written or text form (e.g. letter, email, fax). Legal formal requirements and further evidence, in particular in the event of doubt as to the legitimacy of the declaring party, remain unaffected.

(6) References to the applicability of statutory provisions are made for the sake of clarity only. Even without such clarification, the statutory provisions shall therefore apply unless they are directly modified or expressly excluded in these GPC.

§ 2 Conclusion of Contract

(1) Our order shall be deemed binding at the earliest upon written submission or confirmation. The seller shall notify us of any obvious errors (e.g. typing and calculation errors) and incompleteness of the order, including the order documents, for the purpose of

correction or completion before acceptance; otherwise the contract shall be deemed not to have been concluded.

(2) The seller is obliged to confirm our order in writing within a period of two weeks or, in particular, to execute it without reservation by dispatching the goods (acceptance).

Delayed acceptance shall be deemed to be a new offer and requires our acceptance.

§ 3 Delivery time and default in delivery

(1) The delivery time stated by us in the order shall be binding. If a time for performance has neither been determined nor can be inferred from the circumstances, the obligor shall perform it immediately (Section 271 BGB). The seller is obliged to notify us in writing without delay if it is likely that it will be unable to meet the agreed delivery times, for whatever reason.

(2) If the seller does not provide its service or does not provide it within the agreed delivery time or if it is in default, our rights – in particular with regard to withdrawal and compensation – shall be determined in accordance with the statutory provisions. The provisions in paragraph 3 shall remain unaffected.

(3) If the seller is in default, we may – in addition to further legal claims – demand flat-rate compensation for our default damages in the amount of 0.25% of the net price per calendar day, but not more than 5% of the net price of the goods delivered late. We reserve the right to prove that higher damages have been incurred. The seller reserves the right to prove that no damage at all or only significantly less damage has been incurred.

§ 4 Performance, Delivery, Transfer of Risk, Default in Acceptance

(1) Without our prior written consent, the seller is not entitled to have the service owed provided by third parties (e.g. subcontractors). The seller bears the procurement risk for his services, unless otherwise agreed in individual cases (e.g. limitation to stock).

(2) Delivery within Germany is 'free to the door' to the location specified in the order. If the destination is not specified and nothing else has been agreed, delivery shall be made to our registered office in Driedorf. The respective destination is also the place of performance for the delivery and any subsequent performance (debt to be discharged at creditor's domicile).

(3) The delivery must be accompanied by a delivery note stating the date (issue and dispatch), the contents of the delivery (article number and quantity) and our order identification (date and number). If the delivery note is missing or incomplete, we shall not be responsible for any resulting delays in processing and

payment. A corresponding dispatch note with the same content must be sent to us separately from the delivery note.

(4) The risk of accidental loss and accidental deterioration of the goods shall pass to us upon delivery at the place of performance. If acceptance has been agreed, this shall be decisive for the transfer of risk. In all other respects, the statutory provisions of the law on contracts for work and services shall also apply accordingly in the event of acceptance. If we are in default of acceptance, this shall be deemed equivalent to handover or acceptance.

(5) The statutory provisions shall apply with regard to the occurrence of our default in acceptance. However, the seller must also expressly offer us his performance if a specific or specifiable calendar date has been agreed for an action or cooperation on our part (e.g. provision of material). If we default on acceptance, the seller may demand compensation for his additional expenses in accordance with the statutory provisions (Section 304 BGB). If the contract concerns a non-fungible item to be manufactured by the seller (single-unit production), the seller shall only be entitled to further rights if we have undertaken to cooperate and are responsible for the failure to cooperate.

§ 5 Prices and terms of payment

(1) The price stated in the order is binding. All prices include statutory value added tax if this is not shown separately.

(2) Unless otherwise agreed in individual cases, the price shall include all services and ancillary services of the seller (e.g. assembly, installation) as well as all ancillary costs (e.g. proper packaging, transport costs including any transport and liability insurance). Packaging material shall be taken back by the seller if we request this upon delivery.

(3) The agreed price shall be due for payment within 30 calendar days of complete delivery and performance (including any agreed acceptance) and receipt of a proper invoice. If we make payment within 14 calendar days, the seller shall grant us a discount of 3% on the net amount of the invoice. In the case of bank transfer, payment shall be deemed to have been made on time if our transfer order is received by our bank before expiry of the payment period; we shall not be responsible for delays caused by the banks involved in the payment process.

(4) We shall not owe any interest after the due date. The statutory provisions shall apply in the event of default in payment.

(5) We are entitled to rights of set-off and retention as well as the defence of non-performance of the contract to the extent permitted by law. In particular, we are entitled to withhold due payments as long as we still have claims against the seller arising from incom-

plete or defective performance.

(6) The seller has a right of set-off or retention only on the basis of counterclaims that have been legally established or are undisputed.

§ 6 Confidentiality and retention of title

(1) We reserve the ownership rights and copyrights to illustrations, plans, drawings, calculations, instructions, product descriptions and other documents that we provide to the seller or to one of the seller's contractual or cooperation partners. Such documents shall be used exclusively for the contractual performance and shall be returned to us after the contract has been fulfilled. The documents must be kept secret from third parties, even after the contract has ended. The confidentiality obligation shall only expire if and insofar as the knowledge contained in the provided documents has become generally known. The consent of the buyer is required for the disclosure or provision of the documents mentioned in sentence 1 to third parties. Special confidentiality agreements and statutory provisions for the protection of secrets remain unaffected.

(2) Paragraph 1 shall apply accordingly to substances and materials (e.g. software, finished and semi-finished products) as well as to tools, templates, samples and other items that we provide to the seller for manufacturing. Such items are to be stored separately and insured to an appropriate extent against destruction and loss at the seller's expense, provided they are not processed.

(3) Any processing, mixing or combining (further processing) of provided items by the seller is carried out for us. The same applies to further processing of the delivered goods by us, so that we are considered the manufacturer and acquire ownership of the product in accordance with the statutory provisions at the latest upon further processing.

(4) The transfer of ownership of the goods to us must be unconditional and without regard to payment of the price. However, if in an individual case we accept an offer from the seller for transfer of ownership that is subject to payment of the purchase price, the seller's reservation of title shall expire at the latest upon payment of the purchase price for the delivered goods. We shall remain authorised to resell the goods in the ordinary course of business even before payment of the purchase price, with advance assignment of the resulting claim (alternatively, application of the simple reservation of title and the reservation of title extended to the resale). In any case, all other forms of retention of title are excluded, in particular the extended, forwarded and extended retention of title to the further processing.

§ 7 Defective delivery

(1) Unless otherwise provided for below, the statutory provisions shall apply with regard to our rights in the event of material defects and defects of title in the goods (including wrong delivery and short delivery as well as improper assembly, defective assembly or defective instructions/information) and in the event of other breaches of duty by the seller.

(2) In accordance with the statutory provisions, the Seller is liable in particular for ensuring that the goods have the agreed quality when the risk passes to us. In any case, the product descriptions that – in particular by designation or reference in our order – are the subject matter of the respective contract or have been incorporated into the contract in the same way as these GPC shall be deemed to be the agreement on quality. It makes no difference whether the product description comes from us, from the Seller or from the manufacturer.

(3) In the case of goods with digital elements or other digital content, the Seller shall be responsible for providing and updating the digital content to the extent that this arises from a quality agreement in accordance with paragraph 2 or other product descriptions provided by the manufacturer or on its behalf, in particular on the internet, in advertising or on the product label.

(4) We are not obliged to inspect the goods or make special enquiries about possible defects when the contract is concluded. In partial deviation from § 442 (1) sentence 2 BGB, we are therefore entitled to unrestricted claims for defects even if we were unaware of the defect at the time of the conclusion of the contract due to gross negligence

(5) The statutory provisions (Sections 377, 381 of the German Commercial Code (HGB)) shall apply to the commercial duty to examine and give notice of defects, with the following proviso: our duty to examine is limited to defects that are openly apparent during our incoming goods inspection upon external examination, including of the delivery documents (e.g. transport damage, wrong delivery and short delivery) or are recognisable during our quality control in the sampling procedure. If an acceptance has been agreed, there is no obligation to inspect. Otherwise, it depends on the extent to which an investigation is feasible in the ordinary course of business, taking into account the circumstances of the individual case. Our obligation to give notice of defects discovered at a later date remains unaffected. Notwithstanding our duty to investigate, our complaint (notification of defects) shall in any case be deemed to be prompt and timely if it is sent within five working days of discovery or, in the case of obvious defects, of delivery.

(6) Subsequent performance also includes the removal of the defective goods and their reinstallation, provided that the goods have been installed in or attached to another item in accordance with their na-

ture and intended use. Our statutory right to reimbursement of corresponding expenses remains unaffected. The expenses incurred for the purpose of inspection and supplementary performance shall be borne by the seller even if it turns out that there was in fact no defect. Our liability for damages in the event of an unjustified request to remedy defects remains unaffected; however, we shall only be liable in this respect if we have recognised or, due to gross negligence, have failed to recognise that there was no defect.

(7) Without prejudice to our statutory rights and the provisions of paragraph 5, the following shall apply: If the seller fails to fulfil its obligation to provide subsequent performance – at our discretion either by remedying the defect (rectification) or by delivering a defect-free item (replacement delivery) – within a reasonable period set by us, we may remedy the defect ourselves and demand compensation from the seller for the necessary expenses incurred or a corresponding advance payment. If the subsequent performance by the seller has failed or is unreasonable for us (e.g. due to particular urgency, endangerment of operational safety or imminent occurrence of disproportionate damage), no deadline needs to be set; we will inform the seller of such circumstances immediately, if possible in advance.

(8) In addition, in the event of a defect of quality or defect of title, we shall be entitled to reduce the purchase price or to withdraw from the contract in accordance with the statutory provisions. Furthermore, we shall be entitled to claim damages and reimbursement of expenses in accordance with the statutory provisions.

§ 8 Supplier Recourse

(1) We are entitled to our legally determined rights of recourse within a supply chain (supplier recourse according to §§ 445 a, 445 b, 478 BGB) in addition to the claims for defects without restriction. In particular, we are entitled to demand exactly the type of subsequent performance (rectification of defects or replacement delivery) from the seller that we owe to our customer in the individual case. Our statutory right to choose (Section 439 (1) BGB) is not limited by this.

(2) Before we recognise or fulfil a claim for defects asserted by our customer (including reimbursement of expenses in accordance with Sections 445 a (1), 439 (2) and (3) BGB), we will notify the seller, provide a brief description of the facts and request a written statement. If a substantiated statement is not provided within a reasonable period and if no amicable solution is reached, the claim for defects actually granted by us shall be deemed to be owed to our customer. In this case, the seller shall be responsible for providing counterevidence.

(3) Our claims arising from supplier recourse shall also apply if the defective goods have been further processed by us or by another entrepreneur, e.g. by incorporation into another product.

§ 9 Manufacturer's liability

(1) If the seller is responsible for product damage, he shall indemnify us from third-party claims to the extent that the cause lies within his sphere of control and organisation and he is liable himself in relation to third parties.

(2) Within the scope of his obligation to indemnify, the seller shall reimburse expenses in accordance with §§ 683, 670 BGB (German Civil Code) that arise from or in connection with a claim by third parties, including recall actions carried out by us. We shall inform the seller of the content and scope of recall measures – as far as possible and reasonable – and give him the opportunity to comment. Further legal claims remain unaffected.

(3) The seller shall take out and maintain product liability insurance with a flat-rate sum insured of at least three (3) million euros per personal injury/property damage.

(2) If the seller is a merchant within the meaning of the German Commercial Code, a legal entity under public law or a special fund under public law, the exclusive – and international – place of jurisdiction for all disputes arising from the contractual relationship is our registered office in 35759 Driedorf. The same applies if the seller is an entrepreneur within the meaning of § 14 BGB. However, we are also entitled in all cases to bring an action at the place of performance of the delivery obligation in accordance with these AEB or a prior individual agreement or at the seller's general place of jurisdiction. Overriding statutory provisions, in particular on exclusive jurisdiction, remain unaffected.

As at: 12/2025

§10 Limitation

(1) The mutual claims of the contracting parties shall become time-barred in accordance with the statutory provisions, unless otherwise provided for below.

(2) Notwithstanding § 438 (1) no. 3 BGB, the general limitation period for claims for defects is three years from the transfer of risk. If acceptance has been agreed, the limitation period shall begin with acceptance. The three-year limitation period shall also apply accordingly to claims arising from defects of title, whereby the statutory limitation period for third-party claims for restitution in rem (Section 438 (1) no. 1 BGB) shall remain unaffected; in addition, claims arising from defects of title shall not become time-barred under any circumstances as long as the third party can still assert the right – in particular in the absence of a limitation period – against us.

(3) The limitation periods of the law governing the sale of goods, including the above extension, shall apply – to the extent permitted by law – to all contractual claims for defects. Insofar as we are also entitled to non-contractual claims for damages due to a defect, the regular statutory limitation period shall apply (Sections 195, 199 BGB), unless the application of the limitation periods of the law governing the sale of goods leads to a longer limitation period in individual cases.

§11 Choice of law and place of jurisdiction

(1) These GPC and the contractual relationship between us and the seller shall be governed by the laws of the Federal Republic of Germany, excluding international uniform law, in particular the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods.